



AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagfraktion:

Positionspapier „Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland“

Das Ziel sozialdemokratischer Politik ist ein modernes, wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Land. Das ist kein Widerspruch, sondern bedingt sich gegenseitig. Aktuelle Studien zeigen eindeutig: Soziale Ungleichheit ist ein Hemmschuh für eine prosperierende Wirtschaft. Wirtschaftliche Stärke, mehr Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe und eine stabile demokratische Gesellschaft erreichen wir daher nur, wenn wir die soziale Ungleichheit in unserem Land verringern. Die von Studien attestierte geringe soziale Mobilität, also die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, hängt eng mit ungleichen Bildungschancen und der finanziellen Situation des Elternhauses zusammen. Die Chancen für ein gutes Leben sollen nicht vererbt werden, auch dafür brauchen wir mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Wie steht es aktuell um die Einkommens- und Vermögensungleichheit?

Seit Ende der 1990er Jahre beobachten wir einen stetigen Anstieg der Einkommensungleichheit, der allein in den Jahren der Finanzkrise kurzfristig gebremst wurde. Es gibt mehr Einkommensreiche, aber vor allem immer mehr Einkommensarme in Deutschland. Während die Einkommen der oberen Hälfte kräftig steigen, sind die Einkommen im unteren Bereich in einigen Jahren sogar zurückgegangen. Die, die arm sind, rutschen zudem immer stärker in die Armut ab und werden regelrecht abgehängt. Auch die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ist nicht wesentlich kleiner geworden: Deutschland gehört weiterhin zu den Schlusslichtern bei der Entgeltgleichheit in der Europäischen Union. Vom langjährigen Aufschwung seit der Finanzmarktkrise, einer Wirtschaft in guter Verfassung und mit sinkenden Arbeitslosenzahlen, haben nicht alle gleichermaßen profitiert.

Das zeigt sich auch bei den individuellen Nettovermögen. Zwar sind die Nettovermögen in den letzten Jahren im Durchschnitt nominal (also vom Betrag her) gestiegen, allerdings insbesondere aufgrund von Wertsteigerungen bei Betriebsvermögen und bei Immobilien. Diese sind in den Händen einiger weniger konzentriert. Die Vermögensungleichheit hat dadurch nicht abgenommen, sondern verharrt seit rund zehn Jahren auf einem international sehr hohen Niveau. Während die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über die Hälfte des Gesamtvermögens halten, haben etwa 40 Prozent der Bevölkerung praktisch kein persönliches Nettovermögen (1% des Gesamtvermögens). Die Vermögen sind auch regional immer noch ungerecht verteilt, in Westdeutschland sind sie zum Beispiel im Schnitt doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Es gibt jedoch auch große Unterschiede innerhalb der alten Bundesländer.

Was sind die Ursachen für die Ungleichheit?

Die Ursachen für die Ungleichheit liegen zum einen in einer wachsenden Auseinanderentwicklung der Löhne. Wer wenig verdient, kann nicht sparen und erwirbt nur niedrige Rentenansprüche. Wir haben zwar in den letzten Jahren positive Lohnabschlüsse der Gewerkschaften beobachtet, doch haben längst nicht alle davon profitiert (BezieherInnen niedriger Löhne, geringfügig Beschäftigte, Minijobs). Das liegt daran, dass teilweise ganze Branchen keine flächendeckenden Tarifverträge mehr haben. Fast ausschließlich Haushalte am oberen Rand der Einkommensverteilung konnten sich

derweil über sprudelnde Kapitaleinkommen freuen. Auch Erbschaften tragen hier zur Verfestigung von Reichtumskonzentration über die Generationen hinweg bei. Diese Einkommensgruppen wurden bei Einkommensteuer-Spitzenätzen, Unternehmens-, Kapitalertrags-, Vermögen- und Erbschaftsteuern im Laufe der letzten 20 Jahre außerdem verstärkt entlastet. Gleichzeitig haben Reformen der indirekten Steuern wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu einer stärkeren Belastung der unteren Einkommensgruppen geführt.

Diese Analyse zeigt: Ungleichheit entsteht in Deutschland aufgrund politischer Weichenstellungen in der Vergangenheit, die heute Veränderungen sowohl am oberen als auch am unteren Rand der Gesellschaft bewirken. Die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland müssen wir daher an beiden Enden bekämpfen. Wir müssen verhindern, dass Arm und Reich weiter auseinanderdriften.

Welche Maßnahmen müssen wir treffen?

Die Grundlagen für eine Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit sind zum einen gute Arbeitsverhältnisse mit fairen Löhnen. Diese erreichen wir am besten durch eine Stärkung der Tarifbindung und die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Eine Abschaffung des Vetorechts der Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, wie in unserem Parteitagbeschluss gefordert, kann helfen, Blockaden zu verhindern. Als Untergrenze brauchen wir einen Mindestlohn, der existenzsichernd ist und vor dem Armutsrisiko schützt. Perspektivisch ist dafür die Ausweitung und Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro nötig.

Gute Löhne sind auch die Basis für eine gute Vermögensbildungspolitik. Voraussetzung dafür, dass auch untere und mittlere Einkommen Vermögen bilden können, sind ein starker, investierender Staat mit guten Einrichtungen zur Kinderbetreuung, guten Schulen und Hochschulen, eine hochwertigen öffentlichen Infrastruktur, eine solidarische Sozialversicherung, die eine gesicherte und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, die verlässliche und solidarische Absicherung von Arbeitslosigkeit, Gesundheits- und Altersrisiken garantiert. Der Ausbau vermögensbildender Maßnahmen für die unteren und mittleren Einkommen ist erforderlich.

Darüber hinaus müssen wir die Senkung der Mehrwertsteuer ins Auge fassen, da vor allem über sie eine spürbare und zielgenaue steuerliche Entlastung von Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen möglich ist. Da diese Haushalte keine oder nur wenig Einkommenssteuer zahlen, profitieren sie nicht von einer Senkung der Einkommenssteuer. Indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer machen einen großen Teil der Steuerlast dieser Einkommensgruppen aus und belasten sie im Verhältnis zu ihrem Einkommen wesentlich stärker als Menschen mit hohem Einkommen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat berechnet, dass bei einer Mehrwertsteuersenkung 40 Prozent der Entlastung an die ärmere Hälfte der Bevölkerung gehen würde, während die reichsten zehn Prozent nur einen Anteil von 17,5 Prozent erhalten würden.

Angesichts immer größerer Vermögen müssen wir für eine Umverteilung von oben nach unten sorgen: Durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine stärkere, progressive Besteuerung von Kapitalerträgen und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften und Schenkungen. Wir brauchen einen höheren Spitzensteuersatz, der erst ab einem höheren Einkommen greift und eine abgeflachte Progressionskurve, damit wir auch hier untere und mittlere Einkommen entlasten. Auch die Debatte um eine Wiederaufnahme der Vermögenssteuer für die ein bis zwei Prozent der größten Vermögen müssen wir führen. Die Vermögenssteuer hat nicht nur Symbolcharakter in der Bevölkerung, sondern

kann für eine angemessenere Beteiligung der Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Die entscheidende rentenpolitische Herausforderung der Zukunft besteht in der Wiederherstellung einer lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente. Denn Langzeitarbeitslosigkeit, atypische Beschäftigung, die Ausweitung von Niedriglohnssektoren und konkrete Rentenkürzungen haben in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend unsere Arbeitswelt geprägt. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist brüchiger und poröser geworden. Auf Grundlage von unterbrochenen und gering entlohnten Erwerbsbiographien droht künftig vielen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Armut im Alter bzw. ein Alterseinkommen, das der Lebensleistung der Menschen nicht mehr gerecht wird. Die Teilprivatisierung der Altersvorsorge hat das Problem verschärft. Im Mittelpunkt steht für uns eine nachhaltige Sicherung des Rentenniveaus oberhalb von 50%. Dies allein reicht aber nicht aus. Rente nach Mindesteinkommen, Arbeitslosigkeit als Beitragszeit, die, keine Abschläge bei Erwerbsminderung, Erweiterung zur Erwerbstätigenversicherung...- das sind nur einige Stichworte für ein Gesamtkonzept.

1,2 bis 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner, die ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, werden mit der Grundrente im Alter mehr haben als die Grundsicherung. Das betrifft vor allem Frauen und Ostdeutsche. Weil es um die Anerkennung von Lebensleistung geht. Das ist ein notwendiger erster Schritt gegen Altersarmut.

In seinem aktuellen Deutschlandbericht kritisiert der IWF, dass Deutschlands große Leistungsbilanzüberschüsse vor allem den Reichen zufließen und die Konzentration der Einkommen an der Spitze verschärfen. Unternehmenssteuerreformen dürfen nicht zu einer weiteren einseitigen Entlastung der Unternehmen und dadurch zu einer weiteren Verschärfung der Ungleichheit führen. Es muss vielmehr sichergestellt werden, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens und der öffentlichen Infrastruktur beitragen, die ihnen als „Standortvorteil“ wieder zugutekommt. Eine Mindestbesteuerung, die sicherstellt, dass auch multinationale Unternehmen angemessen besteuert werden, und eine Finanztransaktionsteuer, die vor allem den Hochfrequenzhandel und Derivate besteuert sind ein weiterer Beitrag zu mehr Gerechtigkeit; beides bleibt auch weiterhin Ziel der SPD.

Fazit

Wachsende Ungleichheit ist nicht nur ungerecht und eine Bedrohung für den sozialen Frieden, sondern hemmt auch das Wirtschaftswachstum. Während Menschen mit niedrigem Einkommen nicht im vollen Umfang an der Gesellschaft teilnehmen können, ziehen sich Reiche teils freiwillig zurück. Die Lebenswelten von Arm und Reich driften so auseinander.

Mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen haben wir uns ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen verpflichtet. Die Ziele sind miteinander verknüpft und erfordern integrierte Lösungen, um ein menschenwürdiges Leben zu garantieren und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Dazu gehört, dass wir die Ungleichheit auch innerhalb Deutschlands bekämpfen, indem wir bis 2030 unter anderem den Anteil der in Armut lebenden Menschen halbieren, für die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum erreichen und die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen fördern. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir das Momentum in der öffentlichen Meinung, der Wissenschaft und Teilen der Wirtschaft nutzen und tun, was sozial gerecht und volkswirtschaftlich richtig ist.